

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftsrat Sachsen: Statement zu Änderung Bundesinfektionsschutzgesetz

Landesvorsitzender Dr. Dirk Schröter: Bundes-Notbremse belegt zunehmende Distanzierung der Bundespolitik

Dresden/Sachsen, 21.04.2021 - Zu den Änderungen im Bundesinfektionsschutzgesetz äußert sich Dr. Dirk Schröter, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen im Wirtschaftsrat Deutschland, mit dem folgenden Statement: „Die bundeseinheitliche Notbremse ist ein in Gesetzesform gegossenes Misstrauensvotum gegenüber den Ländern und Gemeinden. Damit wird dem berechtigten Anliegen des Infektionsschutzes ein Bärendienst erwiesen. Sie ist ein weiterer Beleg der zunehmenden Distanzierung der Bundespolitik von der Lebenswirklichkeit der Menschen im Land.“

Kontakt:

Wirtschaftsrat der CDU e. V. - Landesverband Sachsen

Dr. Dino Uhle - Landesgeschäftsführer

Nicolaistraße 28, 01307 Dresden

Tel.: +49 (0)351 / 8 02 63 30, Fax: +49 (0)351 / 8 02 63 35

lv-sachsen@wirtschaftsrat.de

www.wirtschaftsrat.de